

Ein paar Tage zuvor sollte eine hochschwängere Nigerianerin aus dem Krankenhaus heraus abgeschoben werden. Das Krankenhauspersonal stellte sich gegen die Abschiebung und die Polizei. Nur so konnte verhindert werden, dass die Frau und das ungeborene Kind Schaden nehmen.

Im Jahr 2017 wurden offiziell 981 Abschiebungen verhindert. In 314 Fällen weigerte sich das Flugzeugpersonal dagegen, die Geflüchteten mitzunehmen, in 111 Fällen waren die Geflüchteten krank und in 31 Fällen verweigerte das Herkunftsland die Einreise. Die Hälfte – 524 Fälle – wurden wegen Widerstandshandlungen gestoppt.

Wir dürfen uns nicht spalten lassen!

Geflüchtete und MigrantInnen sind ein stark unterdrückter Teil der ArbeiterInnenklasse in Deutsch-

land. Obwohl sie mit uns arbeiten und mit uns leben, werden sie durch den Staat oft als Menschen zweiter Klasse behandelt. Sie sind Opfer von Diskriminierung, Hass und Vorurteilen.

Parteien wie die AfD und CDU/CSU verbreiten Fremdenhass und versuchen die ArbeiterInnenklasse in Deutsche und Nicht-Deutsche zu teilen.

Nicht immer gelingt ihnen das. Die deutschen ArbeiterInnen solidarisieren sich immer wieder mit Geflüchteten gegen Abschiebungen, sie stellen sich gegen Fremdenhass auf der Arbeit oder der Straße. Sie merken, dass sie letzt-

endlich durch das gleiche System unterdrückt werden – Durch den gleichen Boss ausgebeutet werden, vom gleichen Staat an der Nase herumgeführt werden. Dieser Staat, der die Abschiebengesetze erlässt, ermöglicht gleichzeitig die Leiharbeit, baut mit der Agenda 2010 die soziale Sicherung massiv ab und gibt der Polizei unbeschränkte Befugnisse zu unserer Unterdrückung.

In den letzten Jahrzehnten wird immer mehr klar, der Staat hilft uns ArbeiterInnen nicht, weder Deutschen noch MigrantInnen.

Was uns als ArbeiterInnenklasse hilft ist unsere Solidarität, das heißt: nur gemeinsam können wir uns gegen Unterdrückung und Ausbeutung wehren. Wir können Widerstand zeigen gegen die Banken und Konzerne die in ihrem Interesse gegen unser Interesse handeln, wir können die Solidarität zu unserer Waffe machen.

PERSPEKTIVE ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Frankfurter Str. 18
51065 Köln

PERSPEKTIVE MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 75803785 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Deutschland rüstet auf – gegen wen?

– von Lukas Baimler –

Wer schon einige Jahre mit offenen Augen durch deutsche Städte geht, wird unweigerlich einige Veränderungen bemerkt haben. Die Zahl der Überwachungskameras wächst, die Polizei bemüht sich in den Stadtzentren Präsenz zu zeigen und ist an einigen Orten mit Maschinenpistolen ausgestattet. Egal ob diese Veränderungen uns beunruhigen oder nicht weiter stören, lohnt es sich zu fragen, was dahinter steckt.

Die Bundesrepublik Deutschland rüstet auf. Gesetzesänderungen auf Bundes- und Landesebene in den letzten Jahren haben Schritt für Schritt mehr Überwachungs-

maßnahmen legalisiert und der Polizei neue Befugnisse gegenüber den BürgerInnen dieses Landes verschafft. Tatsächlich haben alle Bundesländer außer Thüringen in den letzten Monaten neue Polizeigesetze erlassen oder planen es. Einige Gesetze wie das bayrische „Polizeiaufgabengesetz“ stechen dabei hervor, dort wird der Einsatz von Handgranaten legalisiert. Personen, die laut Polizei Straftaten begehen könnten, dürfen nun als sogenannte „Gefährder“ theoretisch unbegrenzt eingesperrt werden. Die Polizei muss lediglich belegen, dass die von ihnen behauptete Gefahr weiterhin besteht.

Auch in anderen Bundeslän-

dern gibt es die gleiche Tendenz. Das neue Gesetz aus NRW empfiehlt ein aggressiveres Vorgehen gegenüber DemonstrantInnen, zahlreiche Länder führen sogenannte „elektronische Fußfesseln“ gegenüber „Gefährdern“ ein, die Überwachung von E-Mail-Verkehr und Handys durch die Polizei wird ebenfalls legalisiert. Nicht nur die Propaganda der AfD, die ja ohnehin von Angst und Verunsicherung lebt, begleiten diese Maßnahmen, sondern auch Debatten von „etablierten“ Politikern wie Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) oder Innenminister Horst Seehofer (CSU).



Die Polizei bekommt neue Fahrzeuge wie den „Survivor R“: Zum Einsatz gegen rebellierende Menschenmassen

Warum das alles?

Die Polizeistatistik verzeichnet im letzten Jahr ein **Sinken der Kriminalitätsrate** um fast 10%: Der niedrigste Wert seit 1990. Die Zahl von tatverdächtigen MigrantInnen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, worunter auch Flüchtlinge fallen, fiel besonders stark um über 20%.

Naheliegender ist, diese innenpolitischen Kriegsvorbereitungen nicht als Reaktion auf die Gegenwart, sondern als **vorbeugende Maßnahme** im Hinblick auf die Zukunft zu verstehen. Selbst an einem stabilen Land wie Deutschland werden

die sich zuspitzenden politischen und wirtschaftlichen Widersprüche auf der Welt nicht dauerhaft spurlos vorüber gehen. Genau davor fürchten sich die Herrschenden in diesem Land. Sie befürchten, dass die ArbeiterInnenklasse sich nicht mehr so ruhig und widerstandslos ausbeuten lässt wie in den letzten Jahren und nicht mehr klaglos Verschlechterung um Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen hinnimmt. Diese Sorge um den „sozialen Frieden“, wie es in den großen Zeitungen dieses Landes heißt, steht hinter der oben beschriebenen Politik.

Der Punkt an dem es eben nicht mehr weitergeht wie bisher, könnte näher sein als wir ahnen.

Einerseits entwickelt sich der Kapitalismus nie gleichmäßig, er entwickelt sich in Krisen. Jahrelange Phasen wirtschaftlichen Aufschwungs wechseln sich mit jahrelangen Phasen von wirtschaftlicher Stagnation ab. Die **letzte große Krise** begann im Jahr 2008 und sitzt Konzernen, Banken und Politikern mit Sicherheit noch immer in den Knochen. Nach Ausbruch dieser Krise nahm die **Widerstandsbewegung** der Bevölkerung

Sie befürchten, dass die ArbeiterInnenklasse sich nicht mehr so ruhig und widerstandslos ausbeuten lässt.

in vielen Ländern auf der Welt einen Aufschwung, in Griechenland oder Spanien, in Nordafrika, Brasilien und auch in den USA war das zu beobachten. Das ist kein Zufall, denn in einer Krise werden alle schreienden Ungerechtigkeiten des Kapitalismus noch offensichtlicher: Millionen Menschen werden arbeitslos gemacht, weil sie nicht genügend Geld verdienen, um sich die Produkte zu kaufen, die sie selbst hergestellt haben.

Der deutsche Staat wird kriegsbereit

Außerdem rüstet Deutschland nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung auf, sondern bereitet

sich auch auf den **nächsten großen Krieg** vor: Die Bundesregierung kündigt offensiv an, die **Rüstungsausgaben** in den nächsten Jahren **zu verdoppeln** und sie bemüht sich eine einheitliche europäische Waffenindustrie zu schaffen, als Machtbasis im Konkurrenzkampf um die Welt. Die Spannungen verschärfen sich von Syrien über die Ukraine und auch im pazifischen Ozean. Deutschland macht sich in dieser Situation kriegsbereit, weil die Regierung begriffen hat, dass die USA weder dazu in der Lage noch dazu bereit ist, Deutschlands Interessen militärisch durchzusetzen – und auch niemand anders. Heute wissen wir

nicht, wann dieser große Krieg ausbrechen wird, wenn es aber so weit ist, dann wird er auch für uns Not und Elend bedeuten und ohne Zweifel Widerstand auf den Plan rufen.

Bei den neuen deutschen Polizeigesetzen geht es dem Staat also darum, sich Instrumente zu schaffen, mit denen er auch in Zukunft „Ruhe und Frieden“ im eigenen Land sicherstellen und im Zweifel erzwingen kann. Wir müssen diesen Prozess daher als Vorbereitung der Herrschenden im Kampf gegen ArbeiterInnen- und kommunistische Bewegung betrachten, der am Ende auch uns treffen wird. **Es wird Zeit, aufzuwachen und Widerstand zu leisten.**



In München gingen über 30.000 Menschen gegen das neue Polizeiaufgabengesetz auf die Straße



Proteste in Ellwangen, 9.5.2018

Warum Widerstand gegen Abschiebungen uns allen den Rücken stärkt

– von Salomin Eiden –

Krieg, Terror, Folter, Verfolgung, Diskriminierung, die Suche nach einem lebenswerten Leben – es gibt viele Gründe weshalb Menschen derzeit ihr Heimatland verlassen und den gefährlichen Weg der Flucht wählen. Mehr als 65 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht, die Hälfte davon sind Kinder.

45 Millionen Menschen fliehen innerhalb ihres Heimatlandes, die Übrigen flüchten in direkt anliegende oder weiter entfernte Länder. In Deutschland haben in den

letzten drei Jahren fast zwei Millionen Menschen Zuflucht gesucht. Sie erhoffen sich in Deutschland ein besseres Leben, sie hoffen auf Arbeit und Akzeptanz. Doch sie werden in Geflüchtetenunterkünften eingesperrt und aus der Gesellschaft ausgegliedert. Wenn Asylanträge abgelehnt werden, wird die Person noch nicht einmal über den Abschiebezeitpunkt informiert. Meistens kommt die Polizei am frühen Morgen in die Wohnung oder die Unterkunft der Person, um den Überraschungseffekt zur Abschiebung zu nutzen.

Widerstand gegen Abschiebungen

So war es auch bei dem Togolesen im baden-württembergischen Ellwangen, der Anfang Mai morgens um 5 Uhr abgeschoben werden sollte. 200 seiner MitbewohnerInnen haben sich der Polizei in den Weg gestellt und so mussten die BeamtInnen den jungen Mann wieder frei lassen. Nur mit einem massiven Polizeiaufgebot konnte die Polizei den Togolesen am Ende doch in Abschiebehaft bringen.